

GNADE GIBT ES NICHT ...

Die Vertreibungskatastrophen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg

Band VIII/04

"Umsiedlung" bzw. Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

>>Zwischen den Büschen schreien sie und unter den Disteln sammeln sie sich ... Leute ohne Namen, die man aus dem Lande weggejagt hatte.<< Hiob 30, 7-8)

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden z.B. schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahmung des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden deshalb mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

In erster Linie wurden lästige Elemente (arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche) ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die z.B. in der Versorgungswirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerke), in Krankenhäusern und Fabriken benötigt wurden, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete im Jahre 1951.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren die Menschen meistens hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatten sie zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt. Erst nachdem Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etap-

pen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete = 1945 rd. 650.000, 1946 rd. 2.000.000, 1947 rd. 500.000, 1948 rd. 150.000, 1949 rd. 150.000 und 1950-1951 rd. 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).

Böhmen und Mähren = 1946-1950 rd. 2.909.000 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).

Ungarn = 1946-1948 rd. 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).

Die Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa konnten in Mittel- und Westdeutschland nirgends ausreichend gepflegt oder untergebracht werden, denn nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Die Großstädte, die Betriebe sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen waren mehrheitlich zerstört. Überall herrschten chaotische Zustände.

Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmten die Nachkriegszeit der Deutschen. Obgleich die Vereinten Nationen täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und diese Hungerrationen sanken oftmals noch erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584). Im Ruhrgebiet waren Ende 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden z.B. vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obgleich ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübt, täglich rd. 3.000 Kalorien benötigt. Die Jahre 1946 und 1947 brachten keine Besserung, so daß die Deutschen weiterhin hungern mußten. In der nordamerikanischen und britischen Zone betrugen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.

Im November 1945 gründete man in Nordamerika die private CARE-Hilfsorganisation, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die ersten Hilfslieferungen erfolgten aber erst im Juni 1946, nachdem der US-Militärgouverneur am 5. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" unterzeichnet hatte. In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs trafen fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Nordamerika ein, die durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt wurden. Diese Hilfsmaßnahmen konnten die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket brachte den verzweiferten Menschen wenigstens Hoffnung und Zuversicht.

Victor Gollancz (britischer Verleger, der persönlich unter dem Antisemitismus des NS-Regimes gelitten hatte) kritisierte die ungenügende Lebensmittelversorgung in der britischen Zone (x131/101-102): >>Ich möchte hungernden Deutschen etwas zu essen geben, und ich möchte Ihnen nicht aus politischen Erwägungen heraus etwas zu essen geben, sondern weil sie mir leid tun. Und ich bin fest davon überzeugt, daß ich damit nicht alleine dastehe. ...

Schenke man den Männern unseres öffentlichen Lebens Glauben, dann müßte man meinen, daß Mitleid und Barmherzigkeit ausgesprochen schändlich seien, und das Eigennutz eine grundlegende ethische Pflicht sei. ... Der Gedanke an Epidemien in Deutschland ist mir unerträglich, ... weil sie furchtbar sind für die Menschen, die von ihnen heimgesucht werden. ...

Es war kein Vergnügen, dies alles zu schreiben. Ich habe es mit einem immer stärker werdenden Gefühl der Scham geschrieben, das, wie ich mit Sicherheit glaube, sehr viele meiner Leser teilen werden, und ich wage zu hoffen, daß es eine Mehrheit ist.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228):

>>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der My-

thos, der darüber errichtet wird.

Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.

Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.

Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweigerung von Post und anderem.

Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.

Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens \$ 3.468.000.000 beliefen, oder sogar auf \$ 6.000.000.000 in der Währung von 1945.

In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttosozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, \$ 20.000.000.000, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von \$ 25.000.000.000. ...<<

>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.

Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.

Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.

Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze

Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.

Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greuelthaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greuelthaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

Wer keine Verwandten im Westen hatte, mußte sehen, wo er unterkam. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen mußten Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kam es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand wollte die Fremden freiwillig aufnehmen.

In vielen Landkreisen und Gemeinden mußte man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die Neuankömmlinge unterzubringen. Die gewaltsamen Beschlagnahmen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führten oftmals zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Trotz der Beschlagnahme von Quartieren erhielten die Flüchtlinge und Vertriebenen vielerorts nur Notunterkünfte in den zahllosen Lagern. Dort mußten sie wegen fehlender Quartiere notgedrungen jahrelang wohnen.

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein berichtete z.B. im Jahre 1947 (mit Erlaubnis der britischen Militärregierung) über die Wohnungsnot der Vertriebenen (x153/25): >>Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst. Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein.<<

Die "Umsiedlung" der Deutschen erfolgte nachweislich nicht in der vereinbarten "geordneten und humanen Weise", denn während dieser zwangsweisen Bevölkerungsverschiebung von Millionen von wehrlosen Volks- und Ostdeutschen ereigneten sich unfaßbare barbarische "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", denen Hunderttausende zum Opfer fielen.

Da die westlichen Alliierten als Sieger- bzw. Besatzungsmächte Regierungsverantwortung übernahmen und der sog. "Umsiedlung" zustimmten, zählen sie neben der Sowjetunion und den Vertreiberstaaten zwangsläufig zu den Mitverantwortlichen der Vertreibungsverbrechen, denn die leichtfertigen Beschlüsse der Potsdamer Konferenz verstießen zweifelsfrei gegen das Völkerrecht ("Verbrechen gegen die Menschlichkeit").

Im Jahre 1952 erklärten z.B. Völkerrechtler des "Instituts de Droit International", daß die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen völkerrechtswidrig waren (x150/21).

Vertreibungspläne, Nachkriegsziele, politische Vereinbarungen der Siegermächte und internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen von Mai 1945 bis 1947

Die AFP-Nachrichtenagentur meldet am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen soll (x043/31): >>Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieinrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Churchill sendet am 12. Mai 1945 ein Telegramm an US-Präsident Truman (x043/98): >>Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. ... Es liegt offen zutage, daß unsere Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinscheiden wird. ... Ich habe mich stets um die Freundschaft der Russen bemüht; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse, ihre Haltung gegen Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan, ... vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich. ...

Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck - Triest - Korfu schon binnen kurzem völlig in sowjetischer Hand sein wird. General Eisenhower wird alle nur möglichen Maßnahmen treffen müssen, um eine 2. Massenflucht der Deutschen nach Westen zu verhindern, wenn dieser enorme moskowitzische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. ... Damit werden uns russisch besetzte Territorien von vielen hundert Kilometern Tiefe wie ein breites Band von Polen abschneiden.<<

Die Direktive Nr. 1 der PWD (Psychological Warfare Division) tritt am 22. Mai 1945 in Kraft (x111/25, x115/270): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

>>Der tiefe Graben, der die Besatzungsarmeen von den besiegten Deutschen trennt, ist ausdrücklich zu betonen. ... Eine Politik der "austerity" (Härte) hat an die Stelle aller Schmeicheleien zu treten, die von der psychologischen Kriegsführung als erforderlich angesehen wurden. ...<<

Churchill warnt die US-Regierung am 4. Juni 1945 vor Stalins Einflußnahme in Westeuropa und lehnt die Übergabe Mitteldeutschlands ab (x118/29): >>Ich sehe dem im Mittelabschnitt unserer Front beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonengrenzen mit größtem Unbehagen entgegen, ist doch der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden. Ich hatte gehofft, dieser Rückzug würde, falls er überhaupt erfolgen muß, von der Regelung vieler wesentlicher Dinge begleitet sein, die allein eine echte Grundlage des Weltfriedens darstellen könnten. Noch ist nichts von Bedeutung geregelt.<<

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 8. Juni 1945 über das besetzte Deutschland (x043/75): >>Von einem Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 mit 471.000 qkm werden die Russen 221.000 qkm oder 47 % besetzen. ... In der russischen Zone befinden sich 9 von 27 deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200.000. Bemerkenswert ist, daß die Russen in ihrer Zone die intakt gebliebene Großindustrie des Reiches haben werden und daß Bombenschäden in den von den Russen besetzten Provinzen am geringsten sind. Neben

einer wesentlich höheren Industriekapazität liegt auch die Nahrungsmittelerzeugung in der russischen Zone wesentlich günstiger.<<

General Eisenhower sagt am 12. Juni 1945 während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte (x114/1.43): >>Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können. Dieses Ziel wird Deutschland ... nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. ... Damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßnahmen, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<

Die "Yorkshire Post" berichtet am 12. Juni 1945 über die Austreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.<<

Das Statut der Vereinten Nationen wird am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377-378): >>... Artikel 1.: Die Ziele der Vereinten Nationen sind: 1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und ... gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen ... zu sorgen; 2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen. ... 3. Zusammenarbeit der Nationen ... bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion. ...

Artikel 2: ... 2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenden Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen. 4. Alle Mitglieder sollen ... Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...

Artikel 4: 1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

Die britische Regierung fordert die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärt (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe. 2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

Das State Department legt US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111): >>Eines der schwierigsten Probleme wird aus der ... Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben. ... Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu beschleunigen. ... Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen ... zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<<

Der britische Außenminister warnt am 22. Juni 1945 vor überhasteten Umsiedlungen der Deutschen (x150/10): >>Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, ... darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in

dieses Land hereingenommen werden können. ... Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungsaustausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<

In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wird von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und muß am 15. Oktober nachvollzogen werden (x040/289).

Die UN-Satzung beginnt mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Bei dieser Konferenz wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschließen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhalten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschieren vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Aufgrund der endgültigen Einteilung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41). Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) werden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet. Während die Berliner in den Westsektoren aufatmen können, beginnt nach dem Einzug der Roten Armee für die Mitteldeutschen ein endloser Leidensweg.

Solschenizyn kritisiert später den Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<

Während der Potsdamer Konferenz erwähnt man am 21. Juli 1945 im nordamerikanischen Sitzungsprotokoll erstmalig die Umsiedlungsfrage (x128/187): >>Stalin beharrte darauf, daß auf dem Papier diese Gebiete (deutsche Ostprovinzen) zwar zum deutschen Staatsgebiet gehörten, in Wirklichkeit aber polnische Gebiete seien, da es in ihnen keine deutsche Bevölkerung gebe.

Der Präsident (Truman) bemerkt, daß 9 Millionen Deutsche sehr viel seien.

Stalin behauptete, daß sie alle geflohen seien. (US-Stabschef Admiral Leahy flüsterte Präsident Truman ins Ohr: "Die Bolschewiken haben sie alle umgebracht." - x150/12)

Churchill bemerkt, ... daß ... ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des deutschen Gebietes vom Jahre 1937 vom deutschen Gebiet abgetrennt würde. ... Das sei ungeheuerlich. Was die Bevölkerung anbetreffe, so schein es so zu sein, daß 3 bis 4 Millionen Menschen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie ausgesiedelt würden, die Zahl der aus dem deutschen Gebiet auszusiedelnden Bevölkerung vor dem Kriege sich jedoch auf 8,5 (Millionen) belaufen habe. Es liege auf der Hand, daß es eine schwerwiegende Sache sei, deutsche Bevölkerungsteile geschlossen auszusiedeln und das übrige Deutschland mit ihrer Versorgung zu belasten, wenn man ihnen die Möglichkeit zur Versorgung mit Lebensmitteln genommen habe. ...

Stalin sagte, das Gebiet sei von den Polen bewohnt, die die Felder bearbeiteten, und nicht von

Deutschen. Es sei unmöglich, von den Polen zu verlangen, die Felder zu bearbeiten und die Lebensmittel den Deutschen zu geben.<<

US-Präsident Truman erklärt zum Schluß (x150/13): >>Ich kann mich im Hinblick auf die Lösung der Reparationsfrage und im Hinblick auf die Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kohle nicht mit der Fortnahme des östlichen Teils von Deutschland in den Grenzen von 1937 einverstanden erklären.<<

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz legt die tschechoslowakische Regierung am 22. Juli 1945 den 3 Großmächten Pläne für die "geordnete Aussiedlung" der Deutschen und Magyaren aus der CSR vor (x039/229).

Churchill begründet nochmals seine Ablehnung, die polnische Westgrenze an die westliche Neiße zu verlegen (x150/13): >>Wir hegen ... einige Zweifel moralischer Art, ob eine so große Bevölkerungsumsiedlung wünschenswert ist. Wir sind im Prinzip mit einer Umsiedlung einverstanden, jedoch nur in den gleichen Ausmaßen, wie die Bevölkerung östlich der Curzon-Linie umgesiedelt wird. Wenn von einer Umsiedlung von 8 oder 9 Millionen Menschen die Rede ist, dann halten wir das nicht für richtig.<<

Bei der Potsdamer Konferenz wird am 23. Juli 1945 die Abtretung von "Königsberg und Umgebung" erörtert. Die zurückgebliebene ostpreußische Bevölkerung erwähnt man überhaupt nicht (x150/14).

Eine polnische Delegation begründet während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 die Notwendigkeit der Oder-Neiße-Linie. Polen soll ein Staat ohne nationale Minderheiten werden. Das Schicksal der Minderheiten wird nicht diskutiert (x150/14).

Churchill warnt vor der polnischen Expansion nach Westen (x039/229).

US-Präsident Truman informiert Stalin "beiläufig" über den erfolgreichen Atombombentest in Los Alamos, um ihn einzuschüchtern (x116/68).

Churchill berichtet im Verlauf der Potsdamer Konferenz am 25. Juli 1945 über die Umsiedlung der Ost- und Sudetendeutschen (x150/14): >>Die Polen geben zu, daß sich 1,5 Millionen Deutsche in dem von ihnen im Westen besetzten Gebiet befinden. ... Es gebe 2,5 Millionen Sudetendeutsche und etwa 150.000 Reichsdeutsche, die die Tschechoslowaken "loswerden" wollten. ... Das ist ein großes Unternehmen, 2,5 Millionen Menschen umzusiedeln. Aber wohin soll man sie umsiedeln? ... Stalin antwortet: Mir scheint, die Umsiedlung ist schon erfolgt!

...

Churchill entgegnet jedoch: "Wir glauben nicht, daß schon eine große Anzahl Deutscher von dort fortgegangen ist, und vor uns bleibt das Problem stehen, wie diese Frage zu lösen ist. ... Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage beschäftigen und die Fakten feststellen. ...<< Stalin und Truman willigen ein.

Auf der 11. Plenarsitzung am 31. Juli 1945 macht Stalin den Konferenzteilnehmern nochmals unmißverständlich klar, daß die "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen auf jeden Fall stattfinden wird (x150/16): >>Es handelt sich nicht darum, daß man die Deutschen einfach nimmt und aus diesen Ländern herausjagt. So einfach ist die Sache nicht. Aber man versetzt sie in eine solche Lage, daß es für sie besser ist, aus diesen Gebieten fortzugehen. Formal können die Tschechen und Polen sagen, daß es für die Deutschen kein Verbot gibt, dort zu leben, aber die Deutschen werden in Wirklichkeit in eine solche Lage versetzt, daß es für sie unmöglich ist, dort zu leben. ...<<

US-Außenminister Byrnes begreift Stalins Hinweis anscheinend nicht, denn er interpretiert den Art. XIII des Potsdamer Abkommens aus nordamerikanischer Sicht (x150/16): >>... Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und sie nicht zur Ausreise aus Polen und der Tschechoslowakei zwingen, dann wird dieses Dokument natürlich keine Ergebnisse zeitigen. Tun sie es jedoch, dann können wir sie bitten, diese Handlungen zeitweilig einzustellen. Nach unseren Informationen zwingen sie die Deutschen, Polen und die Tschechoslowakei

zu verlassen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder vergrößert unsere Bürde. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.

Stalin antwortet: "Die Polen und Tschechen werden Ihnen sagen, daß es bei ihnen keine Anordnung zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Doch wenn sie darauf bestehen, dann kann ich mich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, ich fürchte nur, daß er keinen großen Erfolg bringt." ...

US-Präsident beendet schließlich die Diskussion über die Umsiedlungsfrage: "Es ist möglich, daß dieser Vorschlag, die bestehende Situation nicht verändert. Doch er gibt uns die Möglichkeit, daß wir uns an diese Regierungen wenden können.<<

Die große deutsche Hafenstadt Stettin, die bisher noch nicht ernsthaft als offizielles Abtretungsobjekt erwähnt worden ist, wird während der Potsdamer Konferenz trotz ihrer Lage (westlich der Oder) dem polnischen Territorium zugeordnet. Nachdem Stalin die maßlosen sowjetischen Reparationsforderungen reduziert, stimmen die sichtlich erschöpften Westalliierten irgendwann gedankenlos und leichtfertig den sowjetisch-polnischen Gebietsforderungen zu.

US-Außenminister Byrnes stellt am 31. Juli 1945 lediglich fest, daß die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erst nach Abschluß eines Friedensvertrages erfolgen würde und deshalb nicht endgültig sei. Stalin bestätigt diese Feststellung (x039/229).

Nach den Protokollen der US-Delegation bestätigt Präsident Truman zum Schluß (x028/176): >>Damit ist die polnische Frage erledigt. ...

(Stalin): Stettin liegt auf polnischem Territorium. ...

(Der britische Außenminister Bevin antwortet): Ja, wir sollten die Franzosen verständigen. ...<<

Geoffrey Harrison, der für die Briten an den Umsiedlungsverhandlungen teilnimmt, berichtet am 1. August 1945 von der Potsdamer Konferenz (x024/124, x039/174): >>Die Verhandlungen waren nicht einfach - Verhandlungen mit den Russen sind nie einfach. ... Wir erklärten, daß wir für den Gedanken einer Massenausweisung ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern konnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt wird. ...

Onkel Joe (Stalin) war schließlich ebenfalls bereit, die polnische und tschechische Regierung und den Kontrollrat für Ungarn aufzufordern, die Vertreibungen hinauszuschieben, bis der Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vorliege. ... Wir haben unser Bestes getan, um einen gewissen Überblick über die Aufnahmefähigkeit Deutschlands zu erhalten, doch hier stellten sich die Russen quer, weil sie überhaupt nicht daran zweifeln, daß Deutschland Millionen Ausgewiesene aufnehmen kann. ...<<

Die "Joint Relief Commission" des Internationalen Roten Kreuzes berichtet Anfang August 1945 (x044/197): >>Am 27. Juli 1945 traf im Berliner Westhafen ein Lastkahn ein, mit einer tragischen "Fracht" von 300 Kindern, halb tot vor Hunger. Sie kamen aus Finkenwalde in Pommern. Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren lagen am Boden des Kahns, reglos, von Krätze zerfressen, die Gesichter vom Hunger verzerrt. Die kleinen Körper, die Knie und die Füße waren aufgeschwollen - typische Hungerödeme.<<

Die Londoner "Daily Mail" veröffentlicht am 6. August 1945 einen Bericht der Journalistin Rhona Churchill (x004/66,101): >>Die Geschichte von 6 Millionen Deutschen, zerstreut durch das Sudetenland und andere Teile von Tschechoslowakei und Polen, ist an sich gräßlich, aber niemand kann behaupten, daß es das uralte Prinzip von Aug' um Aug' übersteige. ... Letzten Monat entschieden z.B. junge Revolutionäre der tschechischen Nationalgarde in Brünn, ihre Stadt zu "reinigen". Kurz vor 9 Uhr abends marschierten sie durch die Straßen. ... Den Frauen wurden 10 Minuten gelassen, ihre Kinder zu wecken und anzukleiden, ein Bündel mit wenigen Habseligkeiten zu nehmen und auf den Bürgersteig hinauszukommen.

Hier wurden sie aufgefordert, alle Juwelen, Uhren, Pelze und das Geld den Gardien zu übergeben. Nur ihre Eheringe durften sie behalten. Dann wurden sie, die Gardien immer in Schußweite hinter ihnen her, der österreichischen Grenze entgegengetrieben. Es war stockfinster, als sie zur Grenze kamen. Die Kinder jammerten, die Frauen stolperten dahin, und die tschechischen Grenzgardien stießen sie über die Grenze den österreichischen Grenzgardien entgegen.

Dann begann eine neue Qual. Die Österreicher weigerten sich, sie anzunehmen; die Tschechen weigerten sich, sie zurückzunehmen. So wurden sie für die Nacht in ein Feld hineingestoßen, und am Morgen wurden einige Rumänen zu ihnen gesandt, sie zu bewachen. Sie sind noch in diesem Feld, das sich inzwischen in ein Konzentrationslager umgewandelt hat. Sie haben nichts zu essen, als was ihnen von Zeit zu Zeit die Wachen geben, sie haben keinerlei Rationen bekommen.

Unter ihnen ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, und man sagt, daß sie, zu etwa Hundert täglich, dahinsterven. 25.000 Männer, Frauen und Kinder machten diesen Gewaltmarsch von Brünn, unter ihnen eine Engländerin, die an einen Nazi verheiratet ist, eine Österreicherin im Alter von 70 und eine Italienerin im Alter von 86 Jahren.

Konzentrationslager für Deutsche werden nun im ganzen Land errichtet, und die Deutschen werden unterschiedslos hineingetrieben. ... Sogar deutsche Juden und Antinazis, die erst kürzlich aus Konzentrationslagern der Gestapo befreit wurden, sind davor nicht sicher.<<

Die 4 Siegermächte beschließen am 8. August 1945 ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" (Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg) dient. Der Anklagepunkt 3 lautet z.B. (x044/192): >>In gewissen besetzten Gebieten, als von Deutschland annektiert ausgegebenen Gebieten zielten die Bestrebungen der Angeklagten methodisch und fortgesetzt darauf ab, diese Gebiete politisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich dem Deutschen Reich anzugleichen. Die Angeklagten bemühten sich, den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen. In Verfolgung dieses Planes und Bestrebens deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner, die überwiegend nicht-deutsch waren, und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete.<<

Zur Ahndung von NS-Straftaten wird im "Londoner Statut" erstmalig der völkerrechtliche Begriff "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert: >>Kriegsverbrechen gemäß Kriegsvölkerrecht sind, verstoßende Handlungen gegenüber Angehörigen eines kriegsführenden Staates, z.B. Ausrottung, Mord und Mißhandlung von Zivilpersonen, zwangsweise Verschleppung, Versklavung und sonstige unmenschliche Handlungen gegen die Zivilbevölkerung sowie Plünderungen ... oder militärisch nicht notwendige Zerstörungen.<<

Churchill, der neue Oppositionsführer (ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik), beklagt am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus Polen und der CSR (x028/178, x004/82): >>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist.<<

>>... Über eine riesige Anzahl dieser Menschen fehlt überhaupt jede Nachricht. Wohin sind sie gegangen und welches ist ihr Schicksal? Ähnliche Verhältnisse könnten sich bei der Vertreibung der Sudetendeutschen und der anderen Deutschen aus der Tschechoslowakei wiederholen. Spärliche und vorsichtige Berichte ... sind zu uns gelangt; aber es ist nicht unmöglich, daß sich eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes hinter dem Eisernen Vorhang abspielt, der jetzt Europa in 2 Teile schneidet.<<

Der Bischof von Chichester berichtet am 17. August 1945 über die große Not im Deutschen Reich (x111/65): >>Es besteht im Ausland offenbar ein völlig falscher Eindruck über die wahre Lage in Deutschland. Das Gewissen gebietet es uns, nicht länger zu schweigen. Die

Wahrheit besteht darin, daß die Not im Reich von Tag zu Tag steigt und daß eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, falls nicht schleunigst Hilfe einsetzt. Wir hören von Rationen, die der Bevölkerung zugesagt worden sind; aber man verschweigt uns, daß diese nur auf dem Papier stehen und nicht zur Verteilung kommen. ...

Dies ist die Lage im Herzen des Reiches, aber sie verschlimmert sich täglich durch das Eintreffen von Strömen von Flüchtlingen aus den östlichen Teilen Deutschlands. Aus den Gebieten östlich der Oder vertreiben die Polen alle Einwohner nach dem Westen. Man muß diese Flüchtlinge gesehen haben, um beurteilen zu können, was über sie hereingebrochen ist. Es gibt keine Worte, um ihr Elend beschreiben zu können.<<

Außenminister Bevin berichtet am 20. August 1945 im britischen Unterhaus über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x028/241): >>Die Frage des endgültigen zukünftigen Gebiets von Polen muß am Verhandlungstisch für den Frieden geregelt werden, und ich persönlich sehe die Gefahr - und schließe mich damit der von dem sehr ehrenwerten Mitglied für Woodford (Churchill) geäußerten Ansicht an - daß die Polen zu weit nach Westen geraten.<<

Der britische Unterhausabgeordnete Evans berichtet am 22. August 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/230): >>Gegenwärtig strömen 200.000 alte Leute, Frauen und Kinder jede Woche vom Osten nach Berlin hinein. Sie sind heimatlos und besitzen nur, was sie auf dem Leibe tragen. Eine Frau schob in 2 Kinderwagen 6 Kinder fast 150 km weit. ... Ist es das, wofür jene Herzen, die nicht zurückkommen werden, jene, die nicht alt werden, wie wir anderen alt werden, gekämpft haben und gestorben sind? ...<<

Norman Clark berichtet am 24. August 1945 im "News Chronicle" über das Elend der deutschen Vertriebenen in Berlin (x028/130): >>Der Zug kam aus Danzig. Er war 7 Tage unterwegs gewesen. ... Diese Leute im Viehwagen und Hunderte, die auf den Bündeln mit ihrer Habe auf dem Bahnsteig und in der Bahnhofshalle lagen, waren das tote oder sterbende oder verhungerte Strandgut, das die Flut menschlichen Elends, die täglich Berlin erreicht, zurückgelassen hatte. ...

Tausende - bis zu 25.000 am Tag - kommen zu Fuß in die Außenbezirke gewandert, wo man sie anhält und ihnen den Zugang zu der bereits überfüllten Stadt verwehrt. Jeden Tag werden zwischen 50 und 100 Kinder - bisher ... schon insgesamt 5.000 -, die beide Eltern verloren haben oder verlassen worden sind, auf Berliner Bahnhöfen aufgesammelt. ...

Ohne zentrale Kontrolle versuchen die Wohlfahrtsausschüsse, mit (den) Schwierigkeiten fertigzuwerden, die über ihre Kräfte gehen. Die Organisation erhielt weder Telefon noch Auto. ... Hier in Berlin leben wir im Schatten von Hunger und Mangel, im Schatten des Todes und der Epidemien, wie sie die Welt in der uns überlieferten Geschichte nicht erlebt hat. ... Das ist eine grobe Mißachtung der Potsdamer Vereinbarung, in der gefordert wird, daß die Umsiedlungen von Menschen in "geregelter und humaner Weise" vor sich gehen sollen.<<

Die britische Militärregierung informiert am 1. September 1945 das Foreign Office über polnische Vertreibungsmaßnahmen (x028/128-129): >>Die Vertreibungen werden kaum vorher angekündigt, die Flüchtlinge gehen mit dem, was sie tragen können. Viele streben nach Berlin. ... Auf dem Weg zu den Bahnstationen leben sie von dem, was sie auf dem Feld und in Häusern stehlen können, und Kranke und Alte bleiben unterwegs liegen. Die meisten haben bei der Ankunft in Berlin keinerlei persönlichen Besitz mehr, weil sie ihn gegen Nahrungsmittel eingetauscht haben oder unterwegs von Soldaten beraubt worden sind. ... Flüchtlinge werden auf Straßen und Zügen ausgeraubt. ...

Nach Aussage von jemandem, der mit einem Kohlenzug reiste, wurde er zwischen Breslau und Berlin viermal geplündert. Bestimmte Waren, z.B. Medikamente, können nur in Zlotys bezahlt werden, die Deutsche nicht erhalten, und die Preise steigen teilweise um 1.000 %. ... Die Rationen sind so gering (von 500 bis 700 g Brot in der Woche, kein Fleisch oder Fett), daß die Sterblichkeit bereits alarmierend ist.<<

Der Lordbischof von Chichester schreibt am 8. September 1945 an den Berliner Probst Grüber (x039/229): >>Ich fühle die Unmenschlichkeit der Vertreibungen aufs Tiefste mit Ihnen und habe bereits über diesen Punkt im Oberhaus gesprochen, indem ich ausführte, daß die Entwurzelung von Millionen aus rassischen Gründen unvereinbar sei mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben.<<

Der Londoner "Economist" berichtet am 15. September 1945 (x044/197): >>Im Widerspruch zur Potsdamer Deklaration, die diesen ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen von Deutschen Einhalt gebot, geht die Zwangsausweisung ... unverändert weiter. Der Rat der Außenminister muß dieser entsetzlichen Tragödie ein Ende machen. Die vertriebenen Millionen sind praktisch ohne Nahrung und obdachlos. Die bewohnbaren Teile der großen Städte waren schon überfüllt, ehe sie kamen, und auf dem Land gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten, sie unterzubringen. Die unausweichliche Folge wird sein, daß Millionen an Hunger und Erschöpfung sterben werden. Die Deutschen haben zweifellos Strafe verdient - aber keine Tortur von dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen als zivilisierter gelten wollen als die Nazis, dann müssen sie sofort mit der Vertreibung aufhören.<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (von 1945-48 politischer Berater Eisenhowers und der US-Militärregierung) berichtet am 9. Oktober 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x044/197): >>Amerikanisches Militärpersonal ist Augenzeuge von Vorfällen gewesen, bei denen sich deutsche Einwohner böhmischer Dörfer an einem Sammelplatz einfinden mußten, zwangsweise davongetrieben und häufig an Ort und Stelle oder auf der Straße ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und noch dazu geschlagen wurden, wenn sie sich der Ausweisung widersetzen.<<

Außenminister Bevin berichtet am 10. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/117-118): >>Ich habe die polnische Regierung ersucht, alle weiteren Vertreibungen von Deutschen in diesem Augenblick zu unterlassen. ... Der polnische Botschafter in London hat vor kurzem dem Foreign Office versichert, es seien strenge Befehle ausgegeben worden, alle Vertreibungen aus den von Polen besetzten Gebieten künftig zu unterlassen.<<

Robert D. Murphy (politischer Berater der nordamerikanischen Militärregierung) berichtet am 12. Oktober 1945 in einem Memorandum für das US-State Department über das Elend der deutschen Vertriebenen (x028/132,147-148): >>Allein auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin haben unsere Sanitätsdienststellen täglich im Durchschnitt 10 Menschen (Vertriebene) gezählt, die an Erschöpfung, Unterernährung und Krankheit gestorben sind. Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ...

Daß im Sudetenland die Deportationen nicht fortgesetzt werden, liegt zum Teil an der Anwesenheit unserer Truppen, ... dennoch haben sich rücksichtslose Räumungen ereignet, und zwar so häufig, daß unsere Soldaten oft Haß auf das befreite tschechische Volk empfinden. ...

Die Massendeportationen, die von den Nazis inszeniert wurden, haben zu unserer moralischen Empörung beigetragen, in der wir den Krieg wagten und die unserer Sache Kraft verlieh. Nun ist die Sache umgekehrt. Wir finden uns in der scheußlichen Lage, Partner in diesem deutschen Unternehmen zu sein und als Partner unweigerlich die Verantwortung mitzutragen. ...

Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen ... Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte. Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir an Methoden beteiligt gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben. ...<<

US-Militärgouverneur Eisenhower informiert den nordamerikanischen Präsidenten am 18.

Oktober 1945 über die unfaßbaren Verhältnisse in Schlesien (x028/132): >>Viele, die nicht weg können, werden in Lager interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. ... Die von Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung. ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und es wird von einer Säuglingssterblichkeit von 75 % berichtet. Typhus, Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie verbreiten sich. ...<<

Lord Bertrand Russel (britischer Mathematiker und Philosoph, Literatur-Nobelpreis 1950) schreibt am 19. Oktober 1945 in "The Times" (x149/108): >>In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Menschen auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen und schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten "Friedenspolitik". ...<<

Captain Marples erklärt am 22. Oktober 1945 im britischen Unterhaus (x028/118): >>... (daß) nach einem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes Proteste gegen unorganisierte Deportationen von Deutschen durch Polen und Tschechen ohne Wirkung geblieben sind, daß immer noch Flüchtlinge nach Berlin strömen und zu Tausenden auf den Straßen sterben. ...<<

Robert D. Murphy informiert US-Außenminister Byrnes am 23. Oktober 1945 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/133): >>Mitarbeiter, die Flüchtlingszüge aus dem Osten ankommen sahen, stellen fest, daß sich die Leute meistens in bedauernswertem Zustand befinden. ... Sie berichten, daß sie ausgeplündert und um die wenigen Habseligkeiten gebracht wurden, die sie überhaupt mitnehmen durften. ... Wenn sich auch ... kein endgültiges Urteil bilden läßt, hat die Mission andererseits Beweise, ... daß schlechte Behandlung und Beraubung weit verbreitet sind.<<

Die UN-Charta tritt am 23. Oktober 1945 in Kraft.

Diese UN-Satzung enthält u.a. folgende Grundsätze und Ziele (x128/297,302): >>Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte sowie Selbstbestimmungsrechte der Völker, Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten; die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten, keine Einmischung der UN in die inneren Angelegenheiten eines Staates.<<

Für die Deutschen ist die UN-Charta wegen der sog. "Feindesstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen werden außerdem von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/344).

Die US-Zeitung "Economist" berichtet am 5. November 1945 (x028/119): >>Es ist eine unangenehme, aber feststehende Tatsache, daß die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neiße und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter.<<

Das Sekretariat des Alliierten Kontrollrates schlägt am 17. November 1945 vor (x002/737): >>... daß die Ausweisung im Dezember 1945 beginnen und 10 % der Gesamtzahl der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung betragen könne.<<

Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die Umsiedlungsquoten für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106): Sowjetische Zone = 2.000.000 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 aus der CSR. US-Zone = 1.750.000 aus der CSR und 500.000 aus Ungarn. Britische Zone = 1.500.000 aus den deutschen Ostgebieten. Französische Zone = 150.000 aus Österreich.

In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsver-

brecher. Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofes lautet u.a. (x129/159): >>Die folgenden Handlungen, oder jede einzelne von ihnen, stellen Verbrechen dar, die unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fallen und für die persönliche Verantwortung besteht:

a) Verbrechen gegen den Frieden: nämlich Planung und Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges. ...

b) Kriegsverbrechen: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zu Zwangsarbeit oder zu irgendeinem anderen Zwecke der ... dort befindlichen Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Tötung von Geiseln, Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen. ...

Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.<<

In Freiburg/Bayern wird am 1. Dezember 1945 die "Caritas-Vertriebenen- und Flüchtlingshilfe" gegründet (x024/219): >>Zum bisherigen Elend, das in den Städten und Notgebieten wahrlich drückend genug ist, kommt neues Elend, so grauenhaft, wie es die Welt kaum gesehen hat. Es ist das schreckliche Elend der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen im Osten unseres Vaterlandes. Tausende und Abertausende fluten über unsere bayerische Ostgrenze, völlig mittellos und brotlos, nur dürftig gekleidet, ziellos und planlos wandernd.<<

Nordamerikanische Senatoren berichten am 4. Dezember 1945 über die Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten (x028/225-226): >>Wir ... wissen ... durch authentische (glaubwürdige, verbürgte) Berichte, die wir durch Personen oder durch die Presse erhielten, daß die Verhältnisse dort durch das Vorgehen der sowjetischen Regierung und das Verhalten der sowjetischen Truppen über alle Begriffe furchtbar sind.

Nach Augenzeugenberichten bilden Raub und Plünderungen, Krankheiten, Vergewaltigungen und unterschiedslose Morde eines der schrecklichsten Kapitel in der menschlichen Geschichte. Mit Worten lassen sich die Verhältnisse dort nicht wiedergeben. Die Tugend der Frauen und der Wert des menschlichen Lebens sind die heiligsten Güter des zivilisierten Menschen, doch in dem von Rußland besetzten Deutschland von heute sind sie das Wertloseste. ... Tausende sind ermordet worden, Tausende von Frauen vergewaltigt, und es herrschen Lebensbedingungen, die über die Vorstellungskraft der zivilisierten Welt hinausgehen.<<

Bertrand Russel berichtet am 8. Dezember 1945 im "New Leader" über die Massenvertreibung der Ostdeutschen (x044/195): >>Ohne Vorankündigung werden Frauen und Kinder zu den Zügen getrieben, jeder nur mit einem Koffer, der ihnen meistens noch geraubt wird. Die Bahnfahrt nach Berlin dauert Tage, Verpflegung gibt es keine. Viele sind tot, wenn sie in Berlin ankommen. Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. ... Bergen-Belsen noch einmal - Tote werden auf rohen Pritschenwagen weggekartt. ... Ein großer Teil der von Haus und Hof Vertriebenen wird nicht mit der Bahn abtransportiert, sondern muß zu Fuß nach Westen wandern. ...<<

Lord Jowitt, Lordkanzler des britischen Oberhauses, beantwortet am 30. Januar 1946 eine Anfrage des Bischofs von Chichester, warum keine geregelte und humane Übersiedlung der Deutschen erfolgt (x028/137): >>Es gibt keinen internationalen Mechanismus für die Umsied-

lung und die Kontrolle ihrer Durchführung. Die Maßnahmen sollen unmittelbar zwischen der Regierung der ausweisenden Staaten und den Behörden der jeweiligen Zone in Deutschland abgesprochen werden, in die man die Einwanderer schickt.<<

Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226):
>>Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

Der Ökumenische Rat der USA verurteilt die UN-Organisation am 28. Februar 1946 wegen des Ausschlusses der deutschen Flüchtlinge und weist auf das Elend der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

Churchill weist während seiner Rede in Fulton/Missouri am 5. März 1946 darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten. Churchill bedauert außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist. ...

Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ... Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte. Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall, die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen. Fast in jedem Fall herrscht eine Polizeiregierung, und bisher ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei noch nirgends die Demokratie eingeführt. ...

In Berlin haben die Russen den Versuch unternommen, in ihrer Zone die Kommunistische Partei großzuziehen. ... Das ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben. ...

Nach dem zu schließen, was ich während des Krieges bei unseren russischen Freunden und Verbündeten gesehen habe, bewundern sie nichts so sehr wie die Kraft und Macht, und nichts verachten sie so sehr wie militärische Schwäche. ...<<

General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

Das Foreign Office weist den britischen Botschafter in Warschau am 10. April 1946 nochmals an, gegen die polnischen Umsiedlungsmethoden zu protestieren (x028/139): >>Der Zustand der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in der britischen Zone gibt uns Anlaß zu sehr großer Sorge. ... Bitte betonen Sie gegenüber der polnischen Regierung diesen Sachverhalt mit größtem Nachdruck und machen Sie ihr klar, ... daß wir gezwungen wären, weitere Umsiedler von Polen in die britische Zone abzulehnen, es sei denn, diese Transporte werden in geregelter und humaner Weise abgewickelt, wie es den Bedingungen der Potsdamer Konferenz entspricht.<<
US-Senator Shipstead kritisiert am 15. Mai 1946 die amerikanische Besatzungspolitik. In ei-

ner Rede vor dem US-Senat bezeichnet er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal" für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

Ein britischer Beamter des Foreign Office notiert am 25. Oktober 1946 (x020/78): >>... Je mehr wir im Falle einer Teilung Deutschlands von Deutschland haben, um so besser. Ostdeutschland ist dann zumindest im Verhältnis kleiner. Selbst wenn Deutschland nicht geteilt werden sollte, wird die Oder-Neiße-Grenze es den Russen sehr viel schwerer machen, sich der vollen Unterstützung der Deutschen zu versichern.

Nicht daß die Deutschen jemals den Verlust von Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien vergessen werden, daß die Deutschen niemals zufrieden sein werden. Aber wenn wir wirklich der Gefahr gegenwärtig sein müssen, daß die Russen die Sympathien eines geeinten Deutschlands gewinnen könnten, dann ist die Oder-Neiße-Grenze für sie eine schwer zu überwindende Barriere.<<

Die "New York Times" berichtet am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei. Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde."<<

Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

Der SPD-Politiker Kurt Schumacher lehnt am 25. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden. Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.<<

Die US-Besatzungsbehörden werden am 9. Juli 1947 angewiesen, den deutschen Vertriebenen zu helfen (x020/85): >>Sie werden Sorge dafür tragen, daß Personen deutscher Abstammung, die nach Deutschland umgesiedelt werden, die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen bürgerlichen und politischen Rechten gewährt wird. ... Sie werden geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Behörden bei der Durchführung eines Programms zur Wiederansiedlung zu unterstützen.<<